Friedensbestrebungen
Eine Union will sämtliche Kriege in Afrika beenden. 9

Massenkündigung
So geht es für die 94 Mieter in Kriens weiter. 21

Fortschritt
In Nottwil hilft ein Roboter Patienten beim Laufen. 24

Luzerner Zeitung

Mittwoch, 12. Februar 2020

AZ 6002 Luzern | Nr. 35 | **Fr. 3.50** | € 4.– **luzernerzeitung.ch**

Tanja Hüberli
Die Beachvolleyballerin hat den Optimismus trotz ihrer Krankheit nicht verloren. 36

75 Meter hoher Mast ist umstritten

Rigi Die eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) sagt nicht grundsätzlich Nein zum Bau einer Gondelbahn von Weggis nach Rigi Kaltbad. Die Authentizität der Landschaft werde insgesamt nicht zusätzlich vermindert, heisst es im Gutachten, welches die Rigibahnen gestern veröffentlicht haben. Teilweise könne die Situation gegenüber heute sogar verbessert werden.

In neun Punkten fordert die Kommission aber zusätzliche Nachweise oder stellt konkrete Rahmenbedingungen auf. Dies betrifft unter anderem den 75 Meter hohen Mast im Gebiet Müseralp. Die Rigibahnen müssen den Nachweis bringen, dass ein derart hoher Mast aus technischen Gründen tatsächlich nötig ist. *(cgl)* 19

Kriens bewilligt keine 5G-Antennen mehr

Digitalisierung Der Krienser Stadtrat stoppt die Vergabe von Bewilligungen für 5G-Antennen. Grund dafür seien die weiterhin fehlenden Vollzughilfen und Messempfehlungen des Bundes. Es sei nämlich nach wie vor unklar, wie die Strahlungen von sogenannten adaptiven Antennen gemessen werden sollen. Diese unsichere Rechtslage stelle Städte und Gemeinden vor Probleme.

Während der Krienser Stadtrat den Bund scharf kritisiert, wählt der Kanton Luzern weniger harte Worte. Gemäss kantonalen Angaben seien die aktuellen Messmethoden ausreichend, um feststellen zu können, ob die bundesweit geltenden Grenzwerte eingehalten werden. Diese seien letztlich unverändert geblieben. *(stp)* 4/23

Keller-Sutter warnt vor Begrenzungs-Initiative

Bilaterale Dieser Abstimmungskampf ist sehr früh eröffnet worden: Bundesrätin Karin Keller-Sutter warnte gestern eindringlich vor einer Annahme der SVP-Begrenzungs-Initiative, über die am 17. Mai abgestimmt wird. Als «europapolitisch eine der wichtigsten Abstimmungen der Legislatur» bezeichnete die FDP-Politikerin die Vorlage.

Die SVP fordert, dass die Schweiz die Personenfreizügigkeit mit der EU neu regelt oder das entsprechende Abkommen kündigt. Damit würden die Bilateralen I hinfällig. Einem so vernetzten Land wie der Schweiz könne dieses «waghalsige» Unterfangen wirtschaftlich stark schaden, so Keller-Sutter. *(lfh)*
Kommentar 5. Spalte 6

Schweiz half den USA beim Abhören

Die Zuger Firma Crypto wurde von US-Geheimdienst gesteuert.

Reto Wattenhofer, Pascal Ritter, Doris Kleck und Sven Altermatt

Während Jahrzehnten sollen Geheimdienste der USA und Deutschlands mit Schweizer Hilfe Staaten abgehört haben. Eine zentrale Rolle spielten dabei Chiffriergeräte der Zuger Firma Crypto. Die weltweiten Abhöroperationen aufgedeckt haben die SRF-Sendung «Rundschau», das ZDF und die «Washington Post». Die Operation lief gemäss ihren Recherchen bis 2018.

Über hundert Staaten wurden vom US-Geheimdienst CIA und dem Bundesnachrichtendienst (BND) abgehört. Spioniert wurde mit manipulierten Verschlüsselungsgeräten der Zuger Firma Crypto AG. So sollen bei den Geräten zwei Formen der Verschlüsselung eingebaut worden sein: eine sichere und eine unsichere. Die sichere Ausführung erhielten nur wenige Länder, darunter offenbar die Schweiz. Aus den Geheimdienstakten geht laut «Rundschau» hervor, dass die Schweizer Geheimdienste in die Operation der CIA und des BND eingeweiht gewesen sind. Der Bundesrat hat Ex-Bundesrichter Niklaus Oberholzer mit einer Untersuchung beauftragt.

> «Im Nachhinein merken wir jetzt, dass wir teilweise angelogen wurden. Das ist natürlich ärgerlich.»
>
> **Jürg Bühler**
> Vizedirektor des Nachrichtendienstes des Bundes

Untersuchung förmlich abgewürgt

Das ZDF zitiert den NDB-Vizedirektor Jürg Bühler, der einst für die frühere Bundespolizei gearbeitet hat. Unter seiner Federführung soll die Behörde in den 1990er-Jahren eine Untersuchung gegen die Crypto AG förmlich abgewürgt haben. «Im Nachhinein merken wir jetzt, dass wir teilweise angelogen wurden. Das ist natürlich ärgerlich», erklärte Bühler gemäss ZDF. 2–3

Sattelt Luzerner Fasnacht auf Papp-Pferde um?

Zwei Fasnächtler auf Pferde-Velos: Was 2015 ein Gag war, ist vielleicht bald Realität. Denn Pferde werden an Fasnachtsumzügen vermehrt zum Sicherheitsrisiko. Während man in Luzern weiter mit echten Pferden kutschiert, fährt am Umzug in Stans erstmals eine Elektro-Kutsche mit. 20 Bild: Dominik Wunderli (Luzern, 12. Februar 2015)

Kommentar

Heikle Fragen ansprechen

Es ist eine der wichtigsten Abstimmungen der Legislatur. Nimmt die Schweizer Stimmbevölkerung die SVP-Begrenzungs-Initiative beim Urnengang vom 17. Mai an, ist der bilaterale Weg mit der Europäischen Union mit grosser Wahrscheinlichkeit Geschichte. Dennoch erschien am Dienstagmorgen nur ein Bundesratsmitglied zur Lancierung des Abstimmungskampfs vor den Medien: Justizministerin Karin Keller-Sutter. Ihr Parteikollege und Aussenminister Ignazio Cassis fehlte. Der einsame Auftritt der FDP-Bundesrätin illustriert, wie schwer sich die Landesregierung damit tut, in der Europapolitik eine gemeinsame Stimme zu finden.

Gerade in Sachen Begrenzungs-Initiative hätte der Bundesrat allen Grund, selbstbewusst aufzutreten: In einer aktuellen Umfrage (Tamedia, Dezember 2019) gaben 58 Prozent der Befragten an, am 17. Mai ein Nein einlegen zu wollen.

Doch die Landesregierung scheint derzeit vor allem darum bemüht zu sein, im anlaufenden Abstimmungskampf zum SVP-Volksbegehren eine gleichzeitige Debatte zum institutionellen Rahmenabkommen zu verhindern. Dabei ist es nur verständlich, dass die Stimmbevölkerung die beiden Vorlagen miteinander in Verbindung bringt. Es wäre zu begrüssen, wenn die Landesregierung bis zum Urnengang vom 17. Mai mehr Selbstbewusstsein zeigt als bisher und auch die politisch heiklen institutionellen Fragen offen anspricht.

Lorenz Honegger
lorenz.honegger@chmedia.ch

Grüne sammeln keine Unterschriften

Ladenöffnungszeiten Gestern Abend stellten sich die Grünen des Kantons Luzern hinter den Beschluss des Kantonsrats, der Geschäften längere Öffnungszeiten ermöglicht. Wie die Grünen verzichtet auch die SP auf ein Referendum. Somit dürfte das revidierte Ladenschlussgesetz auf den 1. Mai hin in Kraft treten. *(jus)* 19

9 771421 743005 00035

Inhalt
Agenda 32
Börse 10
Forum 8/29
Piazza 13–15
Ratgeber 17
Rätsel 26
Todesanzeigen 30/31
TV/Radio 16
Wetter 17

Abonnemente 041 429 53 53, E-Mail: leserservice@lzmedien.ch, **Internet** www.luzernerzeitung.ch
Redaktion 041 429 51 51, redaktion@luzernerzeitung.ch, **Inserate** 041 429 52 52, inserate@lzmedien.ch

Rigibahnen müssen Nachweise bringen

Die Natur- und Heimatschutzkommission ist nicht grundsätzlich gegen eine Gondelbahn. Die Rigibahnen treiben derweil die Planung voran.

Christian Glaus

Es gilt als entscheidend für den Neubau der Seilbahn Weggis-Rigi Kaltbad, nun ist es öffentlich: das Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK). Es ist gestern von den Rigibahnen präsentiert worden, zusammen mit den Ergebnissen des Projektwettbewerbs für den Bau der Berg- und Talstation.

Die Rigibahnen wollen die heutige Pendelbahn durch eine Umlaufbahn mit 21 Gondeln ersetzen (wir berichteten). Der Nachteil: Statt drei werden elf Masten benötigt und die Gondeln werden während des Betriebs permanent sichtbar sein. Die Gegner des Projekts hofften auf ein klares Nein der ENHK und waren sich sogar sicher, dass diese den Bau einer Gondelbahn ablehnen würde, weil die Landschaft verschandelt werde. Doch eine derart deutliche Sprache spricht das Gutachten nicht. Im Gegenteil: Es ist davon auszugehen, dass die Kommission den Bau der Gondelbahn zulässt. Die Rigibahnen müssen aber einige zusätzliche Nachweise erbringen.

So soll die neue Talstation in Weggis aussehen: Das Siegerprojekt Luegisland von Graber+Steiger Architekten. Visualisierung: PD

Gegner: «Desaster für die Umwelt»

Die geplante Gondelbahn auf die Rigi kommt bei René Stettler, dem Wortführer der Gegner, gar nicht gut an. Der Initiant von zwei Petitionen gegen die beabsichtigte Umsatzsteigerung der Rigibahnen spricht von einem «Desaster zu Lasten der Umwelt». Die geplante Gondelbahn, welche die Umsätze mitsteigern solle, berge «zahllose ökologische Unwägbarkeiten».

Eine Gondelbahn verschandele das Landschaftsbild «aufs Gröbste», so der Kulturwissenschaftler in einer gestern veröffentlichten Mitteilung. Ausserdem würden Fundamente für die Bahn unterhalb von Rigi Kaltbad in eine hochsensible und geschützte Quellwasserfassungszone gestellt werden. Auch zum Bau meldet Stettler Vorbehalte: Würden Helikopter eingesetzt, bedeute dies für Weggis drei bis fünf Monate Fluglärm. Werde eine temporäre Bauseilbahn gebaut, seien eine weitere Waldschneise und Rodungen erforderlich. *(nus)*

Landschaft ist bereits «schwer beeinträchtigt»

Interessant ist, wie die ENHK argumentiert. Die Rigi zähle seit dem 19. Jahrhundert zu den bedeutendsten Tourismusdestinationen der Schweiz. Die heutige Pendelbahn sei weitherum sichtbar und stelle «eine schwere Beeinträchtigung» der geschützten Landschaft dar. Das neue Projekt muss die heutige Situation nicht verbessern, sondern darf höchstens zu einer «leichten zusätzlichen Beeinträchtigung» führen.

Für die Kommission hat das Projekt durchaus positive Aspekte. So sei die jetzige Luftseilbahn von der Kapellbrücke aus sichtbar. Im Bereich der heutigen Masten 1 und 2 wird die künftige Gondelbahn tiefer hängen. Dies trage «aus landschaftlicher Sicht zu einer starken Verbesserung bei». Kritisch äussert sich die Kommission zum 75 Meter hohen Mast bei der Müseralp. Aus der Distanz werde dieser zwar nicht mehr derart prominent in die Landschaftssilhouette ragen wie der bisherige Betonmast. Die Wirkung aus der Nähe sei aber beträchtlich und «beeinträchtigt den gesamtlandschaftlichen Eindruck». Hier müsse geprüft werden, ob die Höhe des Mastes reduziert werden könne. Ebenfalls kritisch setzt sich die ENHK mit dem Lärm auseinander. Dieser werde zunehmen und «trübt das Landschaftserlebnis zweifelsohne». Moderneres Material, leichtere Gondeln und technologischer Fortschritt könnten die Lärmbelastung aber reduzieren.

Die Gegner des Projekts kritisieren immer wieder, dass grosse Waldflächen gerodet werden müssten (siehe Box). Nötig seien gemäss Vorprüfung des Umweltverträglichkeitsberichts dauerhafte Rodungen bei vier Masten, schreibt die ENHK. Die Waldschneise im Bereich Chilenwald, wo die Bäume tief gehalten werden, müsse nicht erweitert werden. Fraglich sei aber, ob Schutzbauten vor Naturgefahren nötig seien. Insgesamt, so die Kommission, führe die Gondelbahn «zu keiner schweren zusätzlichen Belastung». Sie fordert aber in neun Punkten weitere Nachweise oder gibt Rahmenbedingungen vor. Abklärungen müssen die Rigibahnen etwa betreffend Lärm, einer Zunahme des Kollisionsrisikos mit Vögeln oder der Schneise im Chilenwald treffen. Zudem müssten sich die Stationen zurückhaltend in die Umgebung integrieren, und die Gondeln seien so zu gestalten, dass sie nicht zu stark auffallen und reflektieren.

Rigibahnen zeigen sich optimistisch

Die Rigibahnen haben das Gutachten bereits vor einigen Wochen erhalten. «Wir haben uns gefreut, ganz klar», sagte Verwaltungsratspräsident Karl Bucher gestern vor den Medien. Das Gutachten sei eine Bestätigung dafür, dass die Rigibahnen ein landschaftsverträgliches Projekt planten. «Wir sehen aber auch die Auflagen, die noch viel Arbeit bedeuten.» Jörg Lustenberger, Leiter Betrieb, Technik und Infrastruktur, nannte eine Erkenntnis, die ihn besonders freue: Die ENHK anerkenne, dass es sich nicht um einen neuen Eingriff in die Landschaft handle. Der Landschaftscharakter werde nicht wesentlich verändert. Ebenfalls wichtig für die Rigibahnen sei die Aussage, dass eine Erhöhung der Transportkapazität nicht zwingend eine zusätzliche Beeinträchtigung der Schutzziele bedeute. «Wir sind der Meinung, dass wir die geforderten Nachweise erbringen können», so Lustenberger.

Die Rigibahnen glauben weiterhin an ihr Vorhaben. Davon zeugt auch, dass sie gestern das Siegerprojekt des Wettbewerbs für den Neubau der Berg- und Talstation präsentierten. Es handelt sich um den Entwurf Luegisland von Graber+Steiger Architekten. Die Bauten bestehen aus viel Holz und Glas. Bei der Bergstation wird das Fundament der bestehenden Bahn genutzt und mit einem Aufbau ergänzt. Der Gang durch einen Tunnel zur Bahn entfällt.

Für den Bau der Gondelbahn rechneten die Rigibahnen bisher mit Kosten von rund 20 Millionen Franken. Verwaltungsratspräsident Karl Bucher erklärte, dass die effektiven Kosten etwas höher ausfallen dürften. Eine Zahl wollte er allerdings nicht nennen. Der Zeitplan sieht vor, dass das Genehmigungsverfahren in diesem Sommer gestartet werden kann. Die Konzession der bestehenden Bahn läuft im Herbst 2022 aus.

Grüne verzichten auf Referendum gegen Ladenschlussgesetz

Derzeit will niemand Unterschriften gegen längere Geschäftsöffnungszeiten sammeln.

Die Grünen werden gegen das kantonale Ladenschlussgesetz kein Referendum ergreifen. Dies entschied die Partei gestern Abend an einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung in Luzern. Der Entscheid fiel deutlich aus – mit 24 Nein- zu 3 Ja-Stimmen.

Hintergrund ist der nach zweiter Beratung gefasste Beschluss des Luzerner Kantonsparlaments vom 27. Januar, der ab Mai längere Ladenöffnungszeiten ermöglichen würde, falls kein Referendum ergriffen wird. Ein zwischen Detaillisten und Gewerkschaften ausgehandelter Kompromiss sieht vor, dass die Geschäfte an Werktagen eine halbe Stunde länger bis um 19 Uhr und an Samstagen eine Stunde länger bis um 17 Uhr offen haben können. Als Kompensation würde einer der beiden bis jetzt möglichen wöchentlichen Abendverkäufe bis um 21 Uhr wegfallen. Die Gemeinden könnten jedoch für einzelne Ortsteile unterschiedliche Abendverkaufstage festlegen.

Partei will keine weiteren Liberalisierungen

An der Mitgliederversammlung setzte sich Korintha Bärtsch für das neue Gesetz ein: «Der Kompromiss hat Zustimmung über weite Kreise erhalten. Wenn wir ihn in Frage stellen, ist dies auch ein Schuss vor den Bug der Gewerkschaften.» Das Gesetz stelle eine Anpassung an eine veränderte Gesellschaft dar.

Präsident Maurus Frey tritt nach den Wahlen ab

Maurus Frey leitet die Grüne Partei des Kantons Luzern seit etwas mehr als fünf Jahren. Nach den Gemeindewahlen Ende März hört der 37-Jährige auf, wie die Partei mitteilt. Frey, der seit kurzem im Kantonsrat politisiert, kandidiert in Kriens für das Stadtpräsidium und den Stadtrat. Er will sich in der Kantonalpartei weiter im Vorstand engagieren.

Für Freys Nachfolge wurde eine Findungskommission eingesetzt. Sie führt derzeit Gespräche mit möglichen Nachfolgern. Das neue Präsidium soll im Frühsommer gewählt werden. *(nus)*

«Mit diesem Kompromiss ist die Grenze erreicht.»

Maurus Frey
Präsident Grüne Kanton Luzern

Anders sah dies Andreas Hofer: «Ich sehe den Kompromiss nicht, weil die Angestellten und ihre Familien darunter leiden.» Unter der Woche eine halbe Stunde länger zu arbeiten, verunmögliche es hunderten Detailhandelsangestellten, am sozialen Leben teilzunehmen, so Hofer. Das Referendum sei eine riesige Chance: «Wir könnten den Luzernern als einzige Partei den demokratischen Entscheid ermöglichen.»

Bärtsch und die Mehrheit der Mitglieder hatten darüber eine andere Meinung. Präsident Maurus Frey betonte im Anschluss aber: «Mit diesem Kompromiss ist für uns die Grenze erreicht. Darüber hinaus gibt es nichts mehr zu liberalisieren.»

Nach dem Entscheid der Grünen dürfte klar sein, dass die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten definitiv in Kraft tritt. Denn weder die SP, die IG «zeitgemäss einkaufen» noch die City Vereinigung Luzern wollen Unterschriften gegen längere Öffnungszeiten sammeln. Die SP entschied dies Mitte Januar, die beiden Organisationen äusserten ihren Verzicht auf ein Referendum gegenüber unserer Zeitung schon Anfang Dezember. Für ein Referendum müssten innerhalb von 60 Tagen seit der amtlichen Veröffentlichung – also bis zum 1. April – 3000 Unterschriften gesammelt werden.

Julian Spörri